

# Lagebild Aktionsorientierter Rechtsextremismus: „Netzwerk Freie Kräfte“ dominiert Berliner Rechtsextremismus

LAGEANALYSE



Impressum:

Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Abteilung Verfassungsschutz

Klosterstraße 47, 10179 Berlin

Telefon (030) 90 129-440

Fax (030) 90 129-844

[info@verfassungsschutz-berlin.de](mailto:info@verfassungsschutz-berlin.de)

[www.verfassungsschutz-berlin.de](http://www.verfassungsschutz-berlin.de)

Stand: März 2013

## Kernaussagen

- Der aktionsorientierte Rechtsextremismus in Berlin befindet sich im Wandel. Während sich die Aktions- und Organisationsformen der „Autonomen Nationalisten“ innerhalb der gesamten Szene durchgesetzt haben, ist deren Struktur in einem einheitlichen informellen Netzwerk „Freie Kräfte“ aufgegangen.
- Dieses aktionsorientierte Netzwerk dominiert die gesamte rechtsextremistische Szene Berlins und verfügt insbesondere über gefestigte personelle und strukturelle Verbindungen zur Berliner NPD.
- Der Bezirk Lichtenberg kann - aufgrund der dortigen Logistik, der hohen Anzahl gewaltbereiter Aktivisten und einer strategischen Dominanz - aktuell als das Zentrum des aktionsorientierten Rechtsextremismus in Berlin bezeichnet werden. Weitere rechtsextremistische Schwerpunkte befinden sich in den Bezirken Treptow-Köpenick und Neukölln.
- Politische Aktivitäten, wie Demonstrationen oder Flyeraktionen, gehen von aktionsorientierten Rechtsextremisten immer weniger aus. Stattdessen stehen aggressive Aktionsformen - insbesondere die Provokation und Bedrohung politischer Gegner - eindeutig im Mittelpunkt ihrer Aktivitäten.
- Aufgrund strategischer und personeller Differenzen dürfte die gegenwärtige informelle Netzwerkstruktur des aktionsorientierten Rechtsextremismus lediglich eine Übergangserscheinung sein. Während sich ein Teil der aktionsorientierten Rechtsextremisten in festen Strukturen (NPD, neue Kameradschaften) organisieren wird, wird ein anderer Teil noch stärker als bisher auf anonyme und aggressive Aktionsformen setzen.

## Einleitung

Bereits seit Jahren wird das öffentliche Bild der rechtsextremistischen Szene Berlins von einem vor allem die östlichen Stadtbezirke umspannenden Netzwerk aktionsorientierter Rechtsextremisten dominiert. Während parlamentsorientierte Strukturen nach dem Untergang der DVU und infolge der Dauerkrise der Berliner NPD immer mehr an Bedeutung verloren, gelang es diesem Netzwerk, einen stabilen Unterstützerkreis aufzubauen, der ideologisch gefestigt, spontan mobilisierbar und zum großen Teil auch enorm gewaltbereit ist. Diese Dominanz des aktionsorientierten Rechtsextremismus ist in Berlin untrennbar mit dem Aufstieg der „Autonomen Nationalisten“ verbunden; ein Aufstieg, durch den die Entwicklung der rechtsextremistischen Szene bundesweit beeinflusst wurde und die eine bemerkenswerte Entwicklungs- und Wandlungsfähigkeit des aktionsorientierten Rechtsextremismus in Berlin dokumentiert.

Bis etwa 2004/2005 bildeten vor allem „klassische“ Kameradschaften den Schwerpunkt der aktionsorientierten Szene Berlins. Diese Kameradschaften waren straff organisiert, funktionierten streng hierarchisch und traten nach außen nicht selten uniformiert und unverkennbar neonazistisch auf. Vor allem zwei Nachteile machten diese Strukturen für die rechtsextremistische Szene zunehmend unattraktiv. Das feste, streng regulierte Gruppengefüge erschwerte zum einen in zunehmendem Maße die Einbindung neuer und jüngerer Aktivisten in die rechtsextremistische Szene; zum anderen waren diese Kameradschaftsstrukturen durch die Anwendung des Vereinsrechtes in immer stärkerem Maße von staatlichen Repressionsmaßnahmen betroffen. In Berlin wurden auf diese Weise im März 2005 die beiden rechtsextremistischen Vereinigungen „Kameradschaft Tor Berlin“ und die sogenannte „Berliner Alternative Südost“ (BASO) verboten.

Die „Autonomen Nationalisten“, die im Spektrum des aktionsorientierten Rechtsextremismus in Berlin das Erbe der Kameradschaften antraten, hatten aus deren Fehlern gelernt. Mit einem moderneren Auftreten und jugendaffinen Propaganda- und Aktionsformen waren die „Autonomen Nationalisten“ weitaus

attraktiver für Jugendliche und boten mit ihren informellen Strukturen zudem kaum eine Angriffsfläche für staatliche Verbotsmaßnahmen.<sup>1</sup>

Trotz all dieser Bemühungen um eine Modernisierung ihres Aktions- und Erscheinungsbildes konnten die „Autonomen Nationalisten“ nicht über die Kontinuität des von ihnen ebenso wie von ehemaligen Kameradschaftsmitgliedern gleichermaßen vertretenen menschenverachtenden Gedankengutes hinwegtäuschen. So sehr sie sich als „moderne“ Rechtsextremisten von dem Auftreten mit Glatze und Springerstiefel gelöst hatten, so fest verwurzelt blieben sie in ihrer neonazistischen, rassistischen und demokratiefeindlichen Ideologie. Die Mobilisierungsfähigkeit dieser Ideologie erreichte allen Modernisierungseffekten zum Trotz bereits im Jahr 2009 ihren Höhepunkt. Seitdem ist das Personenpotenzial der „Autonomen Nationalisten“ rückläufig, und es begann ein erneuter Transformationsprozess im rechtsextremistischen Spektrum Berlins. Im Zuge dieses nach wie vor andauernden Prozesses löste sich die Netzwerkstruktur der „Autonomen Nationalisten“ mehr und mehr auf und verschmolz schließlich mit anderen im Netzwerk „Freie Kräfte“ aktiven Rechtsextremisten.

Über den Ablauf und die Folgen dieser Verschmelzung sowie die Aktivitäten aktionsorientierter Rechtsextremisten im vergangenen Jahr informiert dieses Lagebild, bei dem es sich um den Vorabdruck eines Teiles des Verfassungsschutzberichtes 2012 handelt.

### **Die Doppelstruktur des Netzwerkes „Freie Kräfte“**

In den vergangenen Jahren hatte sich im Netzwerk „Freie Kräfte“ eine Doppelstruktur aus „Autonomen Nationalisten“ und sonstigen aktionsorientierten Rechtsextremisten, die stärker subkulturell geprägt und eher kameradschaftsähnlich organisiert waren, herausgebildet. Das Phänomen der „Autonomen Nationalisten“, das u. a. in Berlin seinen Ursprung hat, zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass es mit traditionellen rechtsextremistischen Agitations- und Organisationsformen brach. An die Stelle starrer, mit strengen Hierarchien versehener Strukturen und tumber rechtsextremistischer Propaganda setzten die

<sup>1</sup> Vgl. Senatsverwaltung für Inneres und Sport: Lageanalyse: Autonome Nationalisten. Berlin 2008.

„Autonomen Nationalisten“ lose miteinander verbundene Netzwerkstrukturen mit flachen Hierarchien. Zugleich initiierten sie - nicht zuletzt durch die Adaption linksextremistischer Propaganda- und Aktionsformen - ein neues und „moderneres“ Erscheinungsbild der rechtsextremistischen Szene. Durch das zunächst geltende Prinzip der „Mitgliedschaft durch Mitmachen“ einerseits und ihre jugend- und erlebnisorientierten Aktionsformen andererseits gelang es den „Autonomen Nationalisten“ relativ schnell, einen größeren Unterstützerkreis zu rekrutieren, der in ein mehrere Stadtbezirke umspannendes Netzwerk eingebunden war. Den Höhepunkt ihrer personellen Expansion hatten die „Autonomen Nationalisten“ in Berlin in den Jahren 2008/2009 erreicht, in denen sie auf bis zu 130 Unterstützer zurückgreifen konnten (2011: 100 „Autonome Nationalisten“).

Gleichzeitig kam es in Berlin - durchaus in bewusster Abgrenzung zu den lange Zeit in der rechtsextremistischen Szene hoch umstrittenen „Autonomen Nationalisten“ - zu einer Renaissance rechtsextremistischer Kameradschaftsstrukturen. 2008 gründete sich die Kameradschaft „Frontbann 24“, die mit ihrem uniformierten Auftreten zum Auffangbecken für vor allem lebensältere Neonazis wurde. Die Tatsache, dass sich „Frontbann 24“ binnen kürzester Zeit bis zu 60 Personen angeschlossen hatten, war ein deutlicher Hinweis auf eine „Angebotslücke“, die sich zum damaligen Zeitpunkt zwischen den beiden rechtsextremistischen Hauptakteuren NPD und „Autonome Nationalisten“ aufgetan hatte. Wegen ihres aggressiven Auftretens und der offensichtlichen Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus wurde „Frontbann 24“ am 5. November 2009 vom Senator für Inneres und Sport verboten; eine Entscheidung, die bis heute in der rechtsextremistischen Szene nachwirkt. Seit diesem Verbot gelang es keiner Gruppierung innerhalb des sonstigen Netzwerkes „Freie Kräfte“, dauerhafte Strukturen zu etablieren, woran die Furcht vor strafrechtlichen Konsequenzen infolge des „Frontbann 24“-Verbots entscheidenden Anteil hatte. So beschränkten die verbliebenen etwa 80 Aktivisten des sonstigen Netzwerkes „Freie Kräfte“ ihre Aktivitäten darauf, in verschiedenen rechtsextremistischen Trefforten - vor allem im Bezirk Treptow-Köpenick - Präsenz zu zeigen und an überregionalen rechtsextremistischen Veranstaltungen teilzunehmen.



## Verschmelzung der „Autonomen Nationalisten“ mit dem sonstigen Netzwerk „Freie Kräfte“

Diese Doppelstruktur zwischen „Autonomen Nationalisten“ und den sonstigen „Freien Kräften“ wurde im vergangenen Jahr zunehmend brüchig. Hierfür war in erster Linie die personelle und strukturelle Schwäche des gesamten aktionsorientierten Rechtsextremismus in Berlin verantwortlich. Den „Autonomen Nationalisten“ waren in den vergangenen Jahren mehrere ihrer regionalen Schwerpunkte weggebrochen. Anstatt auf ein bis zu fünf Bezirke umspannendes Netz konnten die „Autonomen Nationalisten“ nur noch auf ihre Stützpunkte in Lichtenberg und Neukölln zurückgreifen. Fehlende Führungspersönlichkeiten, ein



gestiegener öffentlicher Druck und die verstärkte Abschottung der „Autonomen Nationalisten“ hatten zudem dazu geführt, dass sie mehr als ein Drittel ihrer Unterstützer verloren. Es war bezeichnend für ihr rückläufiges Mobilisierungspotenzial, dass von den „Autonomen Nationalisten“ im vergangenen Jahr keine einzige öffentliche Veranstaltung in Berlin durchgeführt wurde. Nach jahrelangen Großdemonstrationen für ein „nationales Jugendzentrum“ oder zum 1. Mai beschränkten sich die öffentlichen Auftritte der „Autonomen Nationalisten“ im vergangenen Jahr auf die Teilnahme an NPD-Veranstaltungen. Der einzige eigenständige öffentliche Auftritt der AN fand im brandenburgischen Hennigsdorf statt. Am 27. Juli hatten ca. 50 Rechtsextremisten aus Berlin und Brandenburg einen unangemeldeten „Fackelmarsch“ für den verurteilten Kriegsverbrecher Erich Priebke durchgeführt.

Vor dem Hintergrund ihrer aktuellen Schwäche war die Annäherung der „Autonomen Nationalisten“ an die Aktivisten des sonstigen Netzwerkes „Freie Kräfte“ eine zwangsläufige Entwicklung. Zumal sich die Vorbehalte gegen das Auftreten der „Autonomen Nationalisten“ in diesen Kreisen längst verflüchtigt hatten. Auch die Aktivisten des sonstigen Netzwerkes „Freie Kräfte“ treten längst im Stile und mit dem Habitus der „Autonomen Nationalisten“ auf. Fehlte es den

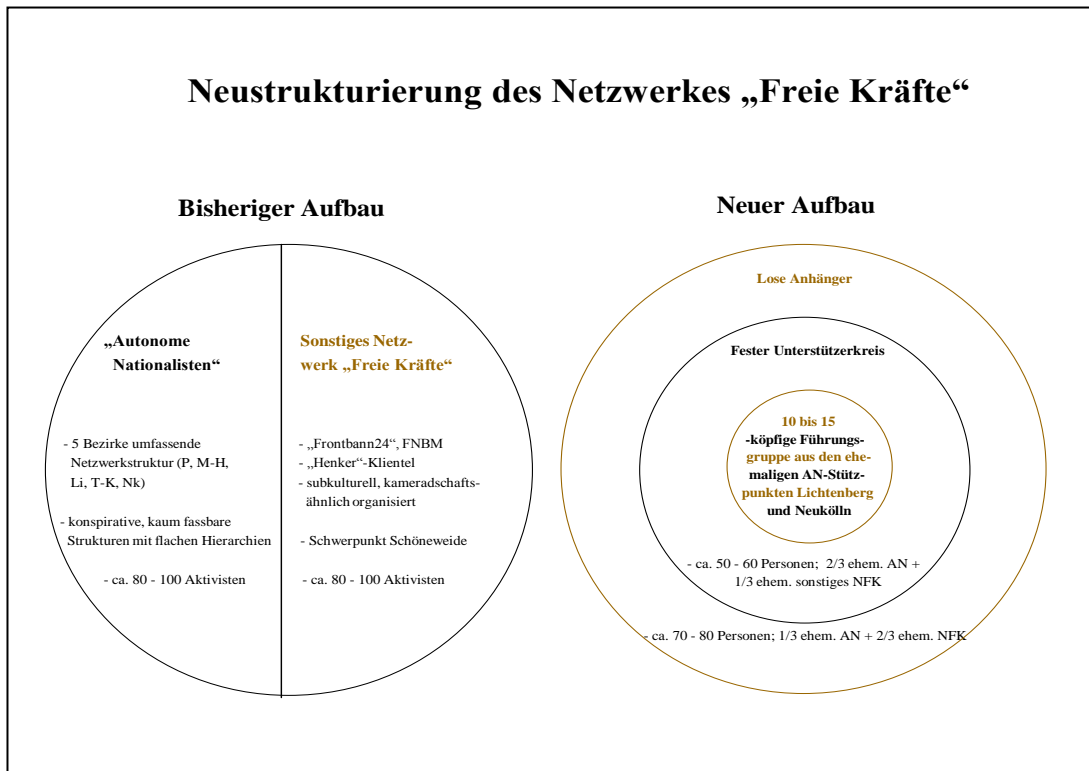
„Autonomen Nationalisten“ zunehmend an Aktivisten, so fehlte es dem sonstigen Netzwerk an Initiative, Struktur und Führungspersönlichkeiten. Mit den verstärkten gemeinsamen Aktivitäten wollten beide Gruppierungen ihre jeweiligen Defizite ausgleichen und sich gemeinsam dem gestiegenen Druck der Strafverfolgungsbehörden und der Öffentlichkeit entgegenstellen. Infolge dieser gegenseitigen Abhängigkeit und der daraus resultierenden engeren Zusammenarbeit agierte das gesamte aktionsorientierte Spektrum des Berliner Rechtsextremismus im vergangenen Jahr als ein einheitliches informelles Netzwerk.

### **Funktionalität durch ein Konzentrisches Kommunikationsnetzwerk**

Von entscheidender Bedeutung für die Funktionalität dieses Netzwerkes sind die von den „Autonomen Nationalisten“ etablierten, mittlerweile aber spürbar modifizierten Kommunikationsflüsse. Im ehemaligen Kommunikationsnetzwerk der „Autonomen Nationalisten“ wurden Informationen von mehreren gleichberechtigten lokalen Ansprechpartnern weitergegeben und auf diese Weise Aktionen dezentral geplant und gesteuert. Im Unterschied dazu wird die Kommunikation des Netzwerkes „Freie Kräfte“ aktuell von einer Führungsgruppe gesteuert, die sich aus 10 bis 15 Aktivisten der ehemaligen AN-Stützpunkte von Lichtenberg und Neukölln zusammensetzt. Aus dieser kleinen Gruppe heraus werden die Aktivitäten des Netzwerkes organisiert und ausgehend von diesem Führungszirkel Informationen von innen auch außen weitergeleitet.

Um diese 10 bis 15 Führungskräfte des Netzwerkes schließen sich konzentrisch zwei Unterstützerkreise an. An einen ersten, enger angebundenen Unterstützerkreis von ca. 50 bis 60 Personen schließt sich ein zweiter Kreis von nur lose angebundenen 70 bis 80 Anhängern an. Insgesamt kann das Netzwerk „Freie Kräfte“ damit zurzeit auf bis zu 160 Unterstützer zurückgreifen. Das Aktivpotenzial des Netzwerkes, also der Anteil an Personen, die regelmäßig an Treffen, öffentlichen Aktivitäten und überregionalen Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene teilnehmen, ist allerdings deutlich geringer und beläuft sich auf ca. 70 Personen.





## Gefestigte Verbindungen zur NPD

In Ermangelung eigener tragfähiger Strukturen griffen die Aktivisten des Netzwerkes „Freie Kräfte“ auch im vergangenen Jahr verstärkt auf die Ressourcen der NPD zurück. Damit verstetigte sich ein Trend, der bereits 2009 mit dem Aufbau des Berliner Landesverbandes der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) durch Aktivisten der „Autonomen Nationalisten“ seinen Ausgang genommen hatte. Seitdem haben sich die Verbindungen von NPD und „Freien Kräften“ immer weiter vertieft. Die gewachsene Abhängigkeit der Partei vom Aktivistenpotenzial des Netzwerkes „Freie Kräfte“ schlug sich auch in einer zunehmenden personellen Verflechtung nieder. Bereits seit Jahren ist eine Vielzahl „Autonomer Nationalisten“ in NPD-Kreisverbänden aktiv. Spätestens seit 2010 prägen deren führende Aktivisten als Landesvorstandsmitglieder der Partei auch ganz offiziell das Bild der Berliner NPD.

Dieses personelle Engagement von Aktivisten des Netzwerkes „Freie Kräfte“ ist allerdings keine Einbahnstraße. Bereits seit längerem unterstützt die Partei die Aktivitäten der „Freien Kräfte“ logistisch, in dem sie etwa Räumlichkeiten in der

Parteizentrale für Veranstaltungen zur Verfügung stellt, oder als formaler Anmelder für Kundgebungen oder Infostände des Netzwerkes „Freie Kräfte“ auftritt.



Darüber hinaus betätigen sich führende Berliner NPD-Kader auch verstärkt für einen bereits 2010 von einer Gruppe „Autonomer Nationalisten“ gegründeten Verein. Dieser unter dem Namen „Sozial engagiert in Berlin e.V.“ (SeiB e.V.)

aufzutretende Verein dient als Tarnorganisation aktionsorientierter Rechtsextremisten, der insbesondere für die Anmietung von Immobilien genutzt wird. Geführt wird dieser Verein zurzeit von zwei Landesvorstandsmitgliedern der Berliner NPD, die auf diesem Wege ganz bewusst ihre Position in der Partei und die damit verbundenen finanziellen und rechtlichen Möglichkeiten in den Dienst gewaltbereiter Neonazis stellen.

Von den „Freien Kräften“ dürfte die zunehmende Verzahnung mit der Berliner NPD nicht zuletzt vor dem Hintergrund mehrerer Verbote rechtsextremistischer Vereinigungen im gesamten Bundesgebiet<sup>2</sup> forciert worden sein. Unter dem weitgehenden Verzicht auf eigene Strukturen wurden verschiedene Aktionen unter dem Deckmantel und damit dem Schutz der Partei geplant und durchgeführt. Die Tatsache, dass sich die regionalen Schwerpunkte des Netzwerkes „Freie Kräfte“ in den Bezirken befinden, in denen auch die NPD ihre letzten aktiven Kreisverbände unterhält, ist ein weiterer Beleg für die gegenseitige Unterstützung und enge Kooperation von NPD-Anhängern und parteifreien Neonazis.

### **Lichtenberg, Treptow-Köpenick und Neukölln als Zentren des aktionsorientierten Rechtsextremismus in Berlin**

Die regionalen Schwerpunkte des Netzwerkes „Freie Kräfte“ finden sich in den Bezirken Lichtenberg, Treptow-Köpenick und Neukölln. Allerdings unterscheiden sich diese drei lokalen Zentren des aktionsorientierten Rechtsextremismus zum Teil

<sup>2</sup> Betroffen hiervon waren mehrere rechtsextremistische Vereinigungen in Brandenburg („Widerstandsbewegung in Südbrandenburg“), in Nordrhein-Westfalen (s. FN 6) und in Niedersachsen („Besseres Hannover“).

erheblich im Hinblick auf das Personenpotenzial, die personelle Zusammensetzung und auch die Historie der einzelnen Schwerpunkte.

Die entscheidende Rolle innerhalb des Netzwerkes „Freie Kräfte“ fällt dabei den aktionsorientierten Rechtsextremisten des Bezirks Lichtenberg zu. Bei den dortigen Aktivisten handelt es sich ausnahmslos um langjährig aktive Neonazis, die bereits im Netzwerk der „Autonomen Nationalisten“ aktiv waren. Der neonazistische Vorlauf der dortigen „Freien Kräfte“ reicht zum Teil bis in die Kameradschaftsszene der bereits 2005 verbotenen rechtsextremistischen Kameradschaften „Tor“ und „BASO“ zurück. Aufgrund ihrer langjährigen Zugehörigkeit zur Szene genießen die dortigen Aktivisten ein entsprechend hohes Ansehen. Da zurzeit auch nahezu alle Initiativen des Netzwerkes „Freie Kräfte“ von diesem Personenkreis ausgehen, nehmen die Lichtenberger Rechtsextremisten auch in strategischer Hinsicht eine dominierende Stellung ein. Entscheidend trägt hierzu ein von ihnen bereits 2011 angemietetes Ladenlokal bei, das sich zum zentralen Treffort aktionsorientierter Rechtsextremisten in Lichtenberg, mit Bedeutung über den Bezirk hinaus, entwickelt hat. Vor dem Hintergrund dieser Logistik, ihrer strategischen Dominanz und der hohen Anzahl gewaltbereiter Aktivisten kann der Lichtenberger Stützpunkt des Netzwerkes „Freie Kräfte“ aktuell als das Zentrum des aktionsorientierten Rechtsextremismus in Berlin bezeichnet werden.

Ein noch größeres Personenpotenzial aktionsorientierter Rechtsextremisten ist im Bezirk Treptow-Köpenick ansässig. Speziell im Ortsteil Schöneweide hat sich in den letzten Jahren eine rechtsextremistische Infrastruktur entwickelt, zu der neben der NPD-Parteizentrale mehrere von Rechtsextremisten frequentierte Kneipen und das Ladengeschäft des aktuellen NPD-Landesvorsitzenden gehören. Anders als in Lichtenberg entstammen die dortigen Rechtsextremisten mehrheitlich nicht den „Autonomen Nationalisten“, sondern der rechtsextremistischen Kameradschaftsszene. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten hat sich in den vergangenen Jahren immer mehr in den eigenen Kiez verlagert, der gegen Ausländer und Linke „verteidigt“ werden soll. In strategischer Hinsicht kommt den Rechtsextremisten aus Treptow-Köpenick eine eher untergeordnete Rolle zu; aufgrund der Masse ihrer Aktivisten bilden sie gleichwohl einen Schwerpunkt des aktionsorientierten Rechtsextremismus in Berlin.

Eine deutlich geringere Anzahl an Rechtsextremisten ist im dritten Zentrum des Netzwerkes „Freie Kräfte“, dem Süden Neuköllns, aktiv. Zur dortigen Szene gehören sowohl ehemalige „Autonome Nationalisten“ als auch ehemalige Kameradschaftsangehörige, von denen einige zum engsten Führungskreis des Netzwerkes „Freie Kräfte“ gehören. Zahlenmäßig ist Neukölln sicherlich der kleinste der regionalen Schwerpunkte des aktionsorientierten Rechtsextremismus. Allerdings zeichnen sich die dortigen Aktivisten durch ein hohes Aktivitätsniveau und eine enorme Gewaltbereitschaft aus. Zudem ist in Neukölln die Vermischung von Aktivitäten, Personen und Infrastruktur des parlaments- und aktionsorientierten Rechtsextremismus am weitesten fortgeschritten. Durch die nahezu vollständige Verschmelzung der „Freien Kräfte“ mit dem Neuköllner Kreisverband der NPD zeigte sich die dortige Neonaziszene äußerst kompakt und aktiv.

Bei allen Unterschieden zwischen den rechtsextremistischen Szenen in Lichtenberg, Treptow-Köpenick und Neukölln verstehen sich die Aktivisten des aktionsorientierten Rechtsextremismus in erster Linie als Teil einer gemeinsamen „nationalen Bewegung“. Auf der Basis dieses Verständnisses veranstalteten aktionsorientierte Rechtsextremisten aller drei regionalen Schwerpunkte seit Mitte 2012 gemeinschaftlich sogenannte „Sturmabende“. Diese regelmäßigen Treffen, die sowohl in einer im Ortsteil Schönevide gelegenen rechtsextremistischen Kneipe als auch einem rechtsextremistischen Treffort im Bezirk Lichtenberg stattfanden, waren die sichtbarsten Zeichen für die neue Geschlossenheit des Netzwerkes „Freie Kräfte“. Mit der Durchführung dieser „Sturmabende“ sollte die Zusammenarbeit aktionsorientierter Rechtsextremisten in einem institutionalisierten Rahmen professionalisiert werden. Neben der ideologischen und strategischen Schulung der „Sturmabend“-Teilnehmer dienten diese Veranstaltungen auch dem Aufbau und der Pflege persönlicher Kontakte und der Planung gemeinsamer Aktivitäten.

## Netzwerk „Freie Kräfte“ mit aggressivem Auftreten

Diese gemeinsamen Aktivitäten wurden im Verlauf des vergangenen Jahres zunehmend aggressiver. Während sich die Aktivisten des Netzwerkes „Freie Kräfte“



im ersten Halbjahr 2012 zumindest noch in Ansätzen politisch betätigten<sup>3</sup>, stand die zweite Jahreshälfte uneingeschränkt im Zeichen der Provokation und Bedrohung von Institutionen und Personen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren. Diese wurden im August Opfer einer regelrechten Serie rechtsextremistisch motivierter Straftaten. Im Zuge dieser Serie kam es zu diversen Schmierereien und

Sachbeschädigungen an linken Objekten und Parteibüros. Darüber hinaus wurden Rechtsextremismusgegner auf offener Straße attackiert und eine Familie, die sich im Wahlkampf gegen NPD-Wahlwerbung in ihrem Briefkasten gewehrt hatte, mehrfach unter ihrer Wohnanschrift bedroht. Diese Straftaten-Serie gipfelte darin, dass die Briefkästen von zwei Berliner Politikern mit pyrotechnischen Gegenständen gesprengt wurden. In beiden Fällen wurden zudem die Wohnungsfenster der Betroffenen durch Steinwürfe beschädigt.

Zwischen dem 2. und 9. Oktober kam es zu einer zweiten Serie rechtsextremistischer Straftaten, bei der in mehreren Berliner Stadtbezirken und dem Brandenburger Umland insgesamt 27 Straftaten registriert wurden. An mehreren Parteibüros und linken Objekten wurden Fensterscheiben eingeworfen und rechtsextremistische Schmierereien hinterlassen. Darüber hinaus wurde die Wohnung des Sprechers einer Brandenburger Initiative gegen Rechtsextremismus auf die gleiche Weise attackiert wie zuvor die Wohnungen der beiden Berliner Politiker im August. Eine Scheibe wurde zerstört und der Briefkasten des Geschädigten durch den gezielten Einsatz von Pyrotechnik zerstört. Schließlich wurde auch eine Asylbewerberunterkunft im südlich von Berlin gelegenen Waßmannsdorf zum Ziel von Sachbeschädigungen und rechtsextremistischen Schmierereien.

<sup>3</sup> Zu Beginn des Jahres beteiligten sich die Aktivisten des Netzwerkes „Freie Kräfte“ an mehreren NPD-Veranstaltungen in Berlin und überregionalen rechtsextremistischen Demonstrationen, wie z.B. dem „Trauermarsch“ Anfang Februar in Dresden.

Die Ermittlungen in beiden Straftatenserien dauern an. Und obwohl noch keine konkreten Hinweise auf Tatbeteiligte vorliegen, lassen vor allem die an nahezu allen Tatorten hinterlassenen Schmierereien, die auf die rechtsextremistische Internetseite „nw-berlin“ verwiesen, auf einen bei vielen Straftaten identischen Täterkreis aus den Reihen aktionsorientierter Rechtsextremisten aus Berlin und dem näheren Umland schließen.

Unterschiede offenbaren sich allerdings im Hinblick auf die den beiden Straftatenserien zugrunde liegenden Motive. Speziell die Straftaten im August waren auf das Zusammentreffen mehrerer Ereignisse zurückzuführen. So dürfte es sich bei den Attacken auf die Wohnhäuser von zwei Berliner Politikern um gezielte sogenannte „Anti-Antifa-Aktivitäten“ gehandelt haben. Die Geschädigten sollten eingeschüchtert und ihnen durch die Bedrohung unter ihrer Wohnanschrift verdeutlicht werden, dass sie im Fokus gewaltbereiter Rechtsextremisten stehen. Andere Schmierereien im August ließen einen klaren Bezug zum Todestag des in rechtsextremistischen Kreisen glorifizierten Rudolf Heß<sup>4</sup> erkennen. Um diesen Termin kam es bereits in den vergangenen Jahren immer wieder zu einer Häufung rechtsextremistischer Schmier- und Klebeaktionen. Schließlich war ein großer Teil der Schmierereien und Sachbeschädigungen des Monats August auf die Verbote dreier rechtsextremistischer Kameradschaften in Nordrhein-Westfalen<sup>5</sup> und den sogenannten „Antikriegstag“ in Dortmund zurückzuführen. Diese Maßnahmen zogen eine breite Welle der Solidarisierung innerhalb der rechtsextremistischen Szene nach sich. In Berlin wurden in diesem Zusammenhang vor allem SPD-Parteibüros, stellvertretend für das von der SPD geführte und für die Kameradschaftsverbote verantwortliche Ministerium in Nordrhein-Westfalen, von Rechtsextremisten attackiert und mit Schmierereien wie „Rache für Dortmund“

<sup>4</sup> Rudolf Heß war ein führender Nationalsozialist und fanatischer Anhänger Adolf Hitlers. Berühmtheit erlangte Heß vor allem mit seinem Flug<sup>44</sup> nach Großbritannien, mit dem er die Briten 1941 zum Friedensschluss mit dem nationalsozialistischen Deutschland bewegen wollte. Im Rahmen der „Nürnberger Prozesse“ wurde Heß 1946 u. a. wegen der Planung eines Angriffskrieges zu lebenslanger Haft verurteilt. Heß starb 1987 im Kriegsverbrechergefängnis in Berlin-Spandau.

<sup>5</sup> Am 23. August hatte der Minister für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen die drei rechtsextremistischen Vereinigungen „Kameradschaft Aachener Land“, „Nationaler Widerstand Dortmund“ und „Kameradschaft Hamm“ verboten. Im Zuge dieser Verbote kam es zu Durchsuchungen in 146 Wohnungen, Vereinsräumen und sonstigen Objekten, bei denen neben vielfältigem rechtsextremistischem Propagandamaterial unter anderem auch Schusswaffen, Schlagringe, Springmesser und Baseballschläger sichergestellt wurden. Insbesondere zum „Nationalen Widerstand Dortmund“ unterhielten auch Berliner Rechtsextremisten Kontakte.



versehen. Diese Aktionen, deren zeitliche Nähe zu dem ersten „Sturmabend“ des gesamten Netzwerkes „Freie Kräfte“ kein Zufall gewesen sein dürfte, sind zweifellos als koordinierte und zielgerichtete Angriffe zu bewerten.

Um eine konzertierte Aktion dürfte es sich auch bei der zweiten Anschlagsserie vom Oktober gehandelt haben. Der zeitliche Zusammenhang der Taten, von denen der Großteil in der Nacht vom 8. auf den 9. Oktober begangen wurde, die sich ähnelnden Tatmuster und der wiederkehrende Verweis auf die rechtsextremistische Internetseite „nw-berlin“ an den Tatorten legten eine gemeinschaftliche Planung der diversen Sachbeschädigungen nahe. Anders als im August, als ein Großteil der Straftaten eine Reaktion auf den Druck der Strafverfolgungsbehörden darstellte, wollte die rechtsextremistische Szene mit den Attacken vom Oktober ohne konkreten Anlass vor allem ihre Handlungsfähigkeit und ihre Gefährlichkeit öffentlich demonstrieren. Dabei hatten es die Täter mit den von ihnen ausgewählten Anschlagzielen auch bewusst auf ein möglichst breites Spektrum rechtsextremistischer Feindbilder abgesehen. Ihre Ziele standen symbolisch für den Hass auf Ausländer, die Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner und die aggressive Verteidigung des zum „eigenen Kiez“ erklärten Wohnviertels. Auf diese Weise sollte der eigenen Anhängerschaft signalisiert werden, dass man sich dem gestiegenen Druck der Öffentlichkeit nicht ohne weiteres beugen werde. Zugleich sollte mit den diversen Sachbeschädigungen einmal mehr eine Drohkulisse gegenüber politischen Gegnern aufgebaut und so verlorene Macht im öffentlichen Raum zurückgewonnen werden.

### **„nw-berlin“ offline**

Als wichtiges Instrument aktionsorientierter Rechtsextremisten fungierte dabei in den vergangenen Jahren die Internetseite „nw-berlin“, die zu einer der bedeutendsten regionalen rechtsextremistischen Internetplattformen avancierte. Das Hauptanliegen von „nw-berlin“ bestand von Anfang an in der „Anti-Antifa-Agitation“. In Reaktion auf Outings und Recherchen zu rechtsextremistischen Personen und Veranstaltungen durch die linksextremistische „Antifa“ sollte „nw-berlin“ als Gegengewicht mit dem Ziel der Einschüchterung und Diffamierung des politischen Gegners dienen. Unter der Rubrik „Recherche“ wurden auf der

Internetseite die Personalien von politischen Gegnern gepostet und Berichte über Gerichtsverhandlungen und vermeintlich linksextremistische Gewalttaten eingestellt. Seit 2006 existierte zudem eine „Chronik“, in der die Adressen alternativer und linker Objekte benannt und diese in steckbriefartiger Form herabgewürdigt und diskreditiert wurden. Vor allem diente diese Auflistung sogenannter „linker Läden“ dazu, den Angehörigen des Netzwerkes „Freie Kräfte“ Informationen über Objekte der politischen Gegner zur Verfügung zu stellen. Tatsächlich wurden verschiedene Objekte dieser Liste - zum Teil bereits mehrfach - zum Ziel von Sachbeschädigungen und Brandanschlägen.



Darüber hinaus diente die Seite auch der ideologischen Standortbestimmung, der Verherrlichung von NS-Größen und nicht zuletzt als Mobilisierungsinstrument für rechtsextremistische Veranstaltungen. Dabei bekannten sich die Betreiber der Seite offen zum Nationalsozialismus und machten auch aus ihren verfassungsfeindlichen Zielen keinen Hehl:

„Wir als Nationalsozialisten streben einen Systemwechsel und damit eine Zeit an, in welcher dieses System und dieser Staat zusammenbrechen soll [...]“<sup>6</sup>.

Wegen solcher und ähnlicher Äußerungen wurde die Seite „nw-berlin“ bereits im April 2011 durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien indiziert. Seitdem war die Seite nicht mehr über Internet-Suchmaschinen auffindbar. Darüber hinaus wurden von den Strafverfolgungsbehörden mehrere Strafermittlungsverfahren wegen der Aufforderung zu Straftaten, Volksverhetzung, Bedrohungen, Beleidigungen und Verstößen gegen das Kunst- und Urheberrechtsgesetz eingeleitet. Im Zuge dieser Ermittlungsverfahren durchsuchte die Polizei im März 2012 die Wohn- und Geschäftsräume von drei Rechtsextremisten - darunter zwei Vorstandsmitglieder der Berliner NPD -, die verdächtigt werden, mit „nw-berlin“ in Verbindung zu stehen. Dabei wurde umfangreiches Material sichergestellt. Parallel dazu richtete die Berliner

<sup>6</sup> „Atomkraft oder regenerative Energien?“, Internetauftritt des „Nationalen Widerstands Berlin“, datiert 8.10.2012.

Staatsanwaltschaft ein Rechtshilfeersuchen an die zuständigen Behörden der USA, um von dem dort beheimateten Provider weitere Daten, wie beispielsweise die IP-Adressen der „nw-berlin“-Betreiber, zu erlangen. Das umfangreiche Datenpaket, das daraufhin aus den USA übersandt wurde, ist weiterhin Gegenstand intensiver Auswertungen.

Sowohl die Indizierung der Seite als auch das konsequente Vorgehen der Strafverfolgungsbehörden wirkten sich spürbar auf die Aktivitäten der Seitenbetreiber aus. So waren die von „nw-berlin“ auf eine eigene Domain ausgelagerten Informationen der „Chronik“ seit Oktober nicht mehr aufrufbar. Darüber hinaus wurde auch die Seite „nw-berlin“ deutlich seltener aktualisiert (ca. ein bis zwei neue Artikel monatlich) als noch in den vergangenen Jahren, was auf eine Verunsicherung der Betreiber aufgrund der diversen Strafverfahren schließen ließ. Über einen Zeitraum von mehreren Wochen war die Seite zudem gar nicht mehr aufrufbar. Seit Ende Dezember 2012 ist „nw-berlin“ permanent offline. Eine Begründung oder Erklärung für die Abschaltung liegt bislang nicht vor. Ein Zusammenhang mit dem erhöhten Druck der Strafverfolgungsbehörden erscheint in diesem Zusammenhang allerdings durchaus plausibel.

Das Aus für „nw-berlin“ wird allerdings kaum das Ende der Internetaktivitäten aktionsorientierter Rechtsextremisten in Berlin bedeuten. Bislang liegen zwar noch keine Hinweise auf eine regionale Website mit ähnlich hoher Symbol- und Integrationskraft für die rechtsextremistische Szene vor. Allerdings dürfte es nur eine Frage der Zeit sein, bis die Betreiber von „nw-berlin“ oder rechtsextremistische Nachahmer ihr menschenverachtendes Gedankengut auf einer anderen Website propagieren.<sup>7</sup> Das Vorgehen gegen „nw-berlin“ hat jedoch auch gezeigt, dass es für Rechtsextremisten deutlich schwerer geworden ist, sich einer strafrechtlichen Verfolgung durch die vermeintliche Anonymität des Internets zu entziehen. Auch in diesem Bereich haben die Strafverfolgungsbehörden den Druck auf die rechtsextremistische Szene spürbar erhöht.

<sup>7</sup> Auf lokaler Ebene existieren bereits entsprechende rechtsextremistische Internetauftritte, wie beispielsweise die Website der „Freien Kräfte Berlin Neukölln“. Eine berlinweite oder sogar überregionale Bedeutung haben diese Internetseiten bislang jedoch nicht erlangt.

## Schlussbetrachtung

Der Druck der Sicherheitsbehörden wird auch in Zukunft das Handeln des Netzwerks „Freie Kräfte“ maßgeblich beeinflussen. Alle öffentlichen Aktivitäten des Netzwerkes dürften weiterhin nahezu ausschließlich unter dem Deckmantel der NPD stattfinden. Auf diese Weise werden die Aktivisten des Netzwerkes „Freie Kräfte“ auch zukünftig handlungs- und kampagnenfähig bleiben, ohne in der Öffentlichkeit mit eigenen Strukturen auftreten zu müssen. Eine Strategie, durch die den „Freien Kräften“ die Ausnutzung der Vorteile des Parteienprivilegs ermöglicht wird und mit der sie sich zudem möglichen Vereinsverböten zu entziehen versuchen. Es bleibt allerdings abzuwarten, wie belastbar die neue Allianz aus parlaments- und aktionsorientierten Rechtsextremisten in Berlin sein wird. Es ist nicht auszuschließen, dass alte und neue Konflikte zwischen der NPD und den „Freien Kräften“ einerseits, aber auch innerhalb des Spektrums der aktionsorientierten Rechtsextremisten aufbrechen. Ideologische Differenzen, persönliche Animositäten und auch strategische Überlegungen können jederzeit dazu führen, dass die aktuelle Zusammenarbeit innerhalb der heterogenen rechtsextremistischen Szene Berlins wieder beendet wird.

Vor allem die NPD dürfte durch den Zwang zur öffentlichen Mäßigung, dem sie vor dem Hintergrund des angestrebten Verbotsverfahrens gegen die Partei unterliegt, für eine Vielzahl aktionsorientierter Rechtsextremisten zunehmend an Anziehungskraft verlieren. Dies dürfte sich auch auf die ohnehin bereits von immer weniger Teilnehmern frequentierten öffentlichen NPD-Demonstrationen und -Kundgebungen auswirken. An die Stelle solcher legalen politischen Aktionen werden für aktionsorientierte Rechtsextremisten kurz- und mittelfristig noch stärker als bisher anonyme und aggressive Aktionsformen treten. Die „Anti-Antifa-Arbeit“, das Bedrohen und Einschüchtern politischer Gegner, Ausländer und Menschen mit Migrationshintergrund wird dabei weiterhin den Aktionsschwerpunkt des Netzwerkes „Freie Kräfte“ darstellen.

Aus der Strukturlosigkeit und der zunehmenden Konspiration der rechtsextremistischen Szene erwächst zudem eine weitere Herausforderung für die Sicherheitsbehörden. Einzelpersonen, deren rechtsextremistische Ideologie nicht mehr durch regelmäßige Aktivitäten und feste Gruppenstrukturen innerhalb der

rechtsextremistischen Szene Berlins kanalisiert werden, könnten sich allein oder in Kleinstgruppen immer stärker radikalisieren und auf immer extremere Aktionsformen zurückgreifen.